

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart in das Jahr 2005

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2005) : Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart in das Jahr 2005, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 11, Iss. 3, pp. 70-73

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143373>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart in das Jahr 2005

Hohe Gewinne und günstige Finanzierungsbedingungen stützen die internationale Konjunktur

Die Weltwirtschaft bleibt im Winter 2004/2005 auf Expansionskurs. In den USA setzt sich der Aufschwung in kaum verändertem, hohem Tempo fort, und auch in dem zweiten Wachstumszentrum, in China, scheint der gesamtwirtschaftliche Nachfrageanstieg trotz der Dämpfungsmaßnahmen im vergangenen Jahr unvermindert anzuhalten. Andernorts schwächelt freilich die Konjunktur: in Japan seit dem Sommer, im Euroraum seit dem Herbst des Jahres 2004.

Bemerkenswert ist, dass die Gewinne nicht nur in den USA, sondern trotz der Nachfrageschwäche auch in Japan und im Euroraum hoch geblieben sind. Offensichtlich war der Konsolidierungskurs vieler Unternehmen in den vergangenen Jahren erfolgreich. Den Kostensenkungsprogrammen kamen die Entwicklungen auf den Märkten für Arbeit und Kapital entgegen: Einerseits blieben die Lohnzuwächse in den Industrieländern gering, auch angesichts der verschärften Konkurrenz seitens billiger und gut qualifizierter Arbeitskräfte aus den Schwellen- und ehemaligen Transformationsländern. Zudem sind die Kapitalkosten nominal wie real fast überall ausgesprochen niedrig; in Deutschland befanden sich die nominalen Kapitalmarktzinsen im Januar gar auf einem Allzeittief seit Bestehen der Bundesrepublik. Die wesentliche Ursache für die augenblicklich äußerst günstigen Finanzierungsmöglichkeiten dürfte in der seit Jahren weltweit expansiven Geldpolitik liegen. Die hohe Liquiditätsausstattung hat die Anleger zu Umschichtungen ihres Portfolios in Richtung längerfristiger Vermögenstitel veranlasst. Das hat nicht nur die Kurse für Rentenpapiere, sondern auch die Aktienkurse und vielerorts die Immobilienpreise (letztere allerdings nicht in Deutschland) getrieben.

Der Anstieg der Vermögenspreise hat wohl wesentlich zur kräftigen Expansion der weltwirtschaftlichen Nachfrage im vergangenen Jahr beigetragen. Die Preise für gewerbliche Güter sind bei all dem bis zuletzt recht stabil geblieben, auch dank der jüngsten Effizienzgewinne im Zuge der industriellen Globalisierungsprozesse. Wenig elastisch hat dagegen die Förderung von Rohstoffen

und speziell von Erdöl reagiert; die Preise sind im Februar erneut auf über 50 Dollar (Brent) gestiegen. Die Notierungen werden wohl aufgrund des Rückgangs der Nachfrage nach Heizstoffen im Frühjahr wieder ein wenig nachgeben. Die Chancen stehen alles in allem gut, dass die USA und China weiter auf Wachstumskurs bleiben und dass die positiven Impulse, die auch noch im Jahr 2005 weltweit von den Kapitalmärkten auf die Realwirtschaft ausgehen, im Frühjahr die Konjunkturen in Japan und in der Euroraum wieder beleben werden.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2005 und 2006

	2004	2005	2006
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,4	0,7	1,3
Staatskonsum	0,4	-0,1	0,4
Anlageinvestitionen	-0,9	1,2	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,2	4,5	4,2
Bauten	-2,6	-1,8	-0,6
Inländische Verwendung	0,4	1,2	1,5
Exporte	8,6	4,8	4,5
Importe	6,4	5,7	4,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,1	1,7
<i>Nachrichtlich: USA</i>	4,4	3,4	2,9
Euroraum	1,8	1,6	1,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	1,4	1,4	1,3
Effektivlöhne je Stunde	0,5	1,0	1,0
Lohnstückkosten ^a	-0,7	-0,4	-0,5
Verbraucherpreisindex	1,6	1,5	1,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 442	38 663	38 893
Arbeitslose ^c	4 381	4 747	4 341
Arbeitslosenquote ^d	10,2	10,9	10,0
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-3,5	-2,8

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Reihe 3, Februar 2005); Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 09. März 2005).

Deutsche Wirtschaft lässt Konjunkturdelle hinter sich

Die deutsche Wirtschaft startete in das Jahr 2005 von einem niedrigeren Ausgangsniveau der Produktion als noch im Dezember erwartet worden war. Die Nachfrage aus dem Ausland war im Schlussquartal 2004 zwar wieder gestiegen, im Inland dagegen gesunken. Ausschlaggebend für diesen Rückgang war jedoch nicht die Nachfrage der Konsumenten und Investoren, sondern der Abbau von Vorräten. Die Anlageinvestitionen und die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen leicht zu. Die Unternehmen haben die konjunkturellen Impulse per saldo aus den Lagerbeständen bedient und die Lager nicht wieder – wie in den Quartalen davor über Importe – aufgestockt. Die Einfuhren waren leicht rückläufig, und bei gestiegenen Exporten nahm der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt zu. Der Anstieg des Außenbeitrags wurde allerdings durch die gesunkene Inlandsnachfrage überkompensiert.

Die auch im Schlussquartal 2004 nicht unterbrochene Erholung der Nachfrage von Investoren und Konsumenten sowie die unverändert günstigen externen wie internen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens sprechen für das Ende der Konjunkturdelle. In der vorliegenden Aktualisierung der Prognose wurde zudem für das erste Vierteljahr ein Ausgleich des vermutlich im Schlussquartal 2004 zu hoch veranschlagten Arbeitstageffekts vorgenommen.

Die Exporte sind nach dem Einbruch im dritten Quartal des vergangenen Jahres auf Expansionskurs zurückgekehrt, allerdings in deutlich langsamerer Gangart als in der ersten Jahreshälfte 2004. Hier dämpften wohl die Aufwertung des Euro sowie die schwache Konjunktur auf dem Hauptabsatzmarkt deutscher Produkte im Ausland, dem Euroraum. Die Ausfuhren in die neuen EU-Mitgliedsländer sind wieder gestiegen wie auch die Lieferungen in die USA und nach Asien. Die Exporteure haben trotz Dollarschwäche ihre Marktposition wohl durch Preisnachlässe und Gewinneinbußen halten können. Mit der Kräftigung der Konjunktur im Euroraum werden die Exporte in diesem Jahr deutlicher als im vergangenen Halbjahr anziehen. Dafür sprechen auch die in den jüngsten Monaten gestiegenen Auslandsbestellun-

gen. Im kommenden Jahr bleiben die Impulse von der Weltkonjunktur stark.

Tabelle 2:
Deutsche Exporte 2004 nach Regionen
- Spezialhandel in jeweiligen Preisen -

Länder-Gruppe	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %				
	Jahr	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
EU 25	9,9	7,9	13,8	9,0	9,0
Neue EU-Länder ^a	8,4	16,8	10,8	-1,4	8,5
NAFTA ^b	4,4	-3,4	9,0	3,7	8,9
USA	5,1	-2,4	9,8	4,3	9,2
Ostasien ^c	10,8	18,0	17,0	4,1	5,3
China	15,0	25,9	27,2	-1,5	11,4
Übrige Länder	15,8	13,7	16,3	11,6	21,6
Insgesamt	10,4	8,4	13,9	8,5	10,8
	<i>in % des nominalen BIP in Deutschland</i>				
	Jahr	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
EU 25	21,5	21,6	21,8	20,7	22,0
Neue EU-Länder ^a	2,8	2,9	2,9	2,6	2,8
NAFTA ^b	3,4	3,4	3,5	3,4	3,4
USA	3,0	3,0	3,1	2,9	3,0
Ostasien ^c	2,8	2,8	2,9	2,8	2,6
China	1,0	1,0	1,1	0,9	0,9
Übrige Länder	6,0	5,7	6,0	6,0	6,2
Insgesamt	33,7	33,5	34,2	32,8	34,3

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ^b USA, Kanada, Mexiko. – ^c Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Investitionskonjunktur hat bei Ausrüstungen nach deutlicher Belebung im Frühjahr und Sommer im Schlussquartal 2004 nachgelassen. Maschinen und Fahrzeuge wurden von den Unternehmen in etwas geringerem Umfang gekauft als im Quartal zuvor. Allerdings trübten sich die Finanzierungsbedingungen für Investitionen nicht ein. Die Unternehmensgewinne nahmen weiterhin mit hohen Raten zu, und die Beschaffung von Fremdkapital auf den Kapitalmärkten blieb billig. Die langfristigen Zinsen befinden sich in Deutschland inzwischen auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Erholung der Investitionsaktivitäten wird sich

in diesem Jahr fortsetzen, auch weil die Unternehmen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen werden und der Wettbewerb sie zwingt, weitere Ersatzinvestitionen jetzt vorzunehmen.

Bei den Bauinvestitionen ist das Bild differenzierter. Während die Investitionen in Wohnbauten und gewerbliche Bauten im letzten Quartal 2004 etwas zulegten, gingen sie im öffentlichen Bereich zurück. Von den vorgezogenen Plänen zum Eigenheimbau wurde bislang wohl nur ein Teil realisiert. Ein nicht unbedeutender Teil der Baugenehmigungen ist wohl auf „Vorrat“ gestellt worden und dürfte angesichts nach wie vor verbreiteter Arbeitsplatz- und Einkommensrisiken nur allmählich oder gar nicht realisiert werden. Die Vorzieheffekte werden deshalb etwas schwächer ausfallen als in vorangegangenen Prognosen geschätzt wurde und sich über den gesamten Prognosezeitraum verteilen. Im Wirtschaftsbau zeichnet sich angesichts des nur allmählichen Abbaus des Leerstandes auf den Büroimmobilienmärkten noch keine Tendenzwende ab.

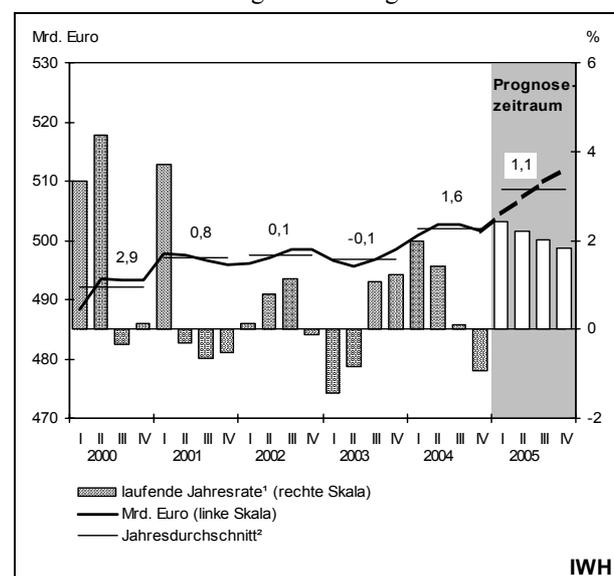
Die privaten Haushalte haben Ende 2004 ihre Kaufzurückhaltung etwas gelockert. Die Unsicherheit über die Einkommensperspektiven hat zwar nach dem Rekordergebnis bei der registrierten Arbeitslosigkeit vorübergehend neue Nahrung erhalten. Da die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen auf die Haushaltsbudgets nun aber transparent geworden sind, dürfte die Unsicherheit jedoch inzwischen geschwunden sein. Gleichzeitig wurden die Privaten steuerlich entlastet. Dies hat die Konsumausgaben angeregt. Mitte des Jahres werden die Haushalte hingegen durch höhere Beiträge zur Finanzierung von Zahnersatz belastet. Allerdings werden sich im Jahresverlauf die Beschäftigungsaussichten bessern. Alles in allem werden die privaten Haushalte ihre Kaufzurückhaltung weiter aufgeben. Die privaten Konsumausgaben dürften in diesem Jahr erstmals seit drei Jahren wieder steigen. Im nächsten Jahr wird der Konsum bei weiter verbesserter Beschäftigungslage zulegen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt moderat, obwohl die Preise für Rohöl und andere Energieträger in den Wintermonaten wieder Höchststände erreicht haben. Zusätzliche Preiseffekte können sich auch aus der Erhebung der Maut ergeben, wenn es den Transportunternehmen gelingt, diese Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Im

Jahresdurchschnitt 2005 dürfte jedoch die Teuerungsrate mit 1,5% auf dem bisher prognostizierten Niveau liegen.

Mit der Belebung der Nachfrage setzt sich die von der Konjunkturdelle in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unterbrochene wirtschaftliche Erholung fort. Zu Beginn des Jahres 2005 legt die gesamtwirtschaftliche Produktion im Zusammenhang mit dem Impuls vom Konsum und der steigenden Auslandsnachfrage kräftig zu. Im zweiten Vierteljahr dürfte sich das Tempo des Produktionswachstums verlangsamen. Wegen des niedrigen Startniveaus zum Jahresanfang ist nur noch ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr von 1,1% wahrscheinlich. Im Jahr 2006 wird sich die konjunkturelle Beschleunigung fortsetzen, und das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt um 1,7% zunehmen. Die Beschäftigung wird in beiden Prognosejahren etwas langsamer steigen, als bislang vom IWH erwartet.

Abbildung :
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigt -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. - ² Ursprungswerte: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 1. Quartal 2005: Prognose des IWH.

Arbeitsmarktreformen im Praxistest

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat in den ersten Monaten dieses Jahres die Fünf-Millionen-Marke überschritten. Dies hat die Experten nicht

überrascht; der Anstieg war infolge der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV) erwartet worden. Er vermittelt auch keine qualitativ neuen Einblicke in die Misere am Arbeitsmarkt. Die große Mehrzahl der neu als arbeitslos gemeldeten Personen hat nicht im Januar oder Februar den Job verloren, sondern war auch vorher ohne Arbeit, nur nicht in der Statistik registriert.

Der Sprung über die fünf Millionen hat den Ruf nach sofortigen Gegenmaßnahmen bis zur Auflage von Konjunkturprogrammen oder gar nach dem Abbruch der letzten Stufe der Arbeitsmarktreform ausgelöst. Solche Reaktionen lassen erkennen, dass die Zielsetzung der Reform nicht ernst genommen wird. Mit der letzten Stufe der Arbeitsmarktrefor- men soll dem Kernproblem der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf den Leib gerückt werden: der hohen und noch steigenden Sockelarbeitslosigkeit. Mit der Verkürzung der Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld sowie der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden in der Tat die Anreize für Arbeitslose erhöht, neue Jobs zu suchen und niedrigere Einstiegsgehälter in Kauf zu nehmen. Mit dem Näherrücken des Termins für das Inkrafttreten von Hartz IV verstärkte sich auch sichtlich die Arbeitssuche vieler Betroffener. Dies ist jedoch nur ein erster Schritt zu mehr Beschäftigung. Allerdings reicht die damit verbundene Senkung der Lohnkosten für das Entstehen neuer Arbeitsplätze nicht aus. Auch die Absatz- und Ge-

winnerwartungen der Wirtschaft müssen nachhaltig aufwärts gerichtet sein. In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation kommt dieser Prozess nur langsam in Gang.

Es wäre unter dem Druck der scheinbar ausbleibenden Erfolge von Hartz IV falsch, den Ausweg aus der Misere in der Schaffung eines neuen staatlich subventionierten Arbeitsmarktes zu suchen. Bereits die Einführung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten, so genannter Ein-Euro-Jobs, läuft Gefahr, das eigentliche Ziel der Arbeitsmarktrefor- men aus den Augen zu verlieren, nämlich Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn die Zulassung dieser Jobs auf die private Wirtschaft ausgedehnt würde. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb, in dessen Ergebnis mit staatlicher Hilfe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weiter abgebaut würden. Das kann nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Der Praxistest der Arbeitsmarktrefor- men läuft noch. Aktionismus wenige Monate nach Inkrafttreten wäre nur schädlich.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Ruth Grunert,
Axel Lindner, Brigitte Loose*

Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich

Fünfzehn Jahre nach der deutschen Vereinigung ist Ostdeutschland noch immer in hohem Maße von Transferleistungen aus Westdeutschland abhängig. Im Jahre 2003 – neuere Angaben liegen nicht vor – dürften die öffentlichen Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland (einschließlich gewährter Kredite und der Zinszahlungen auf Altschulden der DDR, der Treuhandanstalt und des Fonds Deutsche Einheit) in einer Größenordnung von 80 Mrd. Euro gelegen haben.¹ Dies sind schätzungsweise 22% der ostdeutschen Binnennachfrage und sogar

32% des in den neuen Ländern erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Hieran wird deutlich, dass das materielle Wohlstandsniveau der ostdeutschen Bevölkerung derzeit nur durch Zugriff auf das westdeutsche Produktionspotenzial aufrechterhalten werden kann. Auch die Produktionstätigkeit wäre ohne diese Unterstützung deutlich niedriger.

Da der größte Teil der Transfers auf gesamtdeutsch einheitlich geregelten Rechtsnormen beruht, steht ein diskretionärer Abbau nicht zur Diskussion. Lediglich die Sonderprogramme im Rahmen der Wirtschaftsförderung sowie der Solidar- pakt II sind als ostspezifische Leistungen durch

¹ Vgl. IWH-Pressemitteilung 21/2003 vom 27. Oktober 2003.